

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. April 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verjammlungs-, Bergnügungsinlerate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 37

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Wochenschau:** Nach achtmönatiger Kriegsdauer; Ein Sieg der Dacheimgebliebenen; Kriegsangelegenheiten der feindlichen Staaten; Keine Herabsetzung der Kriegsfamilienunterstützung; Erhöhung der städtischen Steuern; Die Ernährungsfrage; Noch ein sozialdemokratischer Stadtrat; Kriegsausgleich für das Papierfach; Wünsche zu Preisserhöhungen im Seilungs- und im Buchdruckergewerbe; Schwierigkeiten durch Einberufung des ungedienten Landsturms; Die Gräber des württembergischen „Staatsangelegers“; 1242 gefallene Verbandmitglieder.

**Korrespondenzen:** Berlin. — Bezirk Ostpreußen.

**Landschau:** Von Buchdruckern im Kriege. — Verkürzte Arbeitszeit der Bekleidungs- — Mordanschlag auf einen Gewerkschaftsbeamten. — Bayerische Gewerkschaften. — Einfluß des Krieges auf den Holzarbeiterverband. — Opfer des Weltkrieges bis Anfang Februar 1915.

### Wochenschau

Nach achtmönatiger Kriegsdauer eröffnen sich wohl noch keine bestimmten Friedensausichten, aber es sind Anzeichen vorhanden, die in ihrer unvermeidlichen Verstärkung doch auf eine Entschleunigung hindeuten. Da sind als für Deutschland günstige Momente zu nennen: der mit jedem Tage näherrückende finanzielle Zusammenbruch Rußlands; der von der französischen Regierung erneut unternommene Versuch, die im Jahre 1917 militärpflichtig werdenden jungen Männer schon in diesem Sommer einzuziehen, obwohl sich die französische Kammer schon der Einberufung des Jahrganges 1916 widersetzt hat, dessen Einziehung zum April, aber nicht verhindern, indes für die Achtehntjährigen wenigstens schärfere Bestimmungen durchzuführen vermöchte, wozu die Sozialisten einen guten Teil haben; ferner die Schwierigkeiten Englands mit der Aufbringung der zweiten Million Mannschaften (von der dritten, mit der Äthener schon vor langer Zeit gepulst hat, ganz zu schweigen) sowie der große Mangel an Offizieren, der durch den starken Verlust von 5000 bis jetzt und die englischen „Siege“ neuerdings bei Neuve Chapelle und St. Eloi mit 750 gefallenen Offizieren noch empfindlicher geworden ist, dann der von dem englischen Oberkommandierenden so nachdrücklich betonte Mangel an Munition. Der recht opfervolle englisch-französische Versuch, in die Dardanellen einzudringen, der jetzt wieder aufgenommen werden soll, um Rußland bei guter Laune zu erhalten, das mit seinen Kampfen gegen Deutschland und Österreich das Kriegsthermometer abgibt, ist ebenfalls ein für die Chancen der Gegner schwerwiegender Umstand. Die zum Teil hanebüchene Ausfälle gegen Deutschland, wie sie Gey in seiner jüngsten Anklagerede fertigbrachte (worauf ihm das deutsche Regierungsorgan die Antwort nicht schuldig blieb), welche eigentlich aber schon durch die vorhergehenden, irgendeinen dunklen Zweck verfolgenden Offenherzigkeiten der „Times“ widerlegt war, wonach England sich auch Frankreich und Rußland angeschlossen hätte, wenn Deutschland nicht (notgedrungen) den Weg über Belgien genommen, kann man wohl auch nicht als Zeichen der Stärke betrachten. Die Benutzung und auch teilweise Besetzung griechischer Häfen und Inseln (namentlich Lemnos) haben England überdies wieder als recht zweifelhaften Hüter der Neutralität unbeteiligter Staaten erkennen lassen, und die von der holländischen Regierung erteilte Antwort auf die englischen Diktaturmaßnahmen zur See, die von Holland als „ernste Verletzung des Grundprinzips des Völkerrechts“ charakterisiert werden, lag ja auch genug. Wenn ein großes englisches Finanzblatt in seinem Kurszettel eine Rubrik „Piraten- und Barbarenpapiere“ führt und die unsinnige Meldung verbreitet, der deutsche Kaiser bereite sich auf die Flucht aus Deutschland, vor, so schlagen die englischen Chauvinisten mit der Anwendung solcher Mittel nur ihr Land selbst. Auch die französische Regierung vermag mit den schlimmen Urteilen von Kriegserichtern über „Mörder“ aus der Reihe deutscher Gefangener, worin man selbst so weit ging, einen deutschen Kavallerieoffizier nach Capenne zu schicken und ihn als Zuchthäuser zu behandeln, nur das Gegenstück des Gewollten zu erzeugen. Die massenhafte Versendung der Berichte der französischen Untersuchungskommission über „deutsche Greuelthaten“ hat bei den Neutralen ebenfalls böses Blut gemacht; ein Baseler

Universitätsprofessor ist in der Presse kräftig dagegen losgegangen und hat ein solches Gebaren „dreckige Propaganda“ genannt. Daß nach den Ereignissen auf den westlichen Kriegsschauplätzen in der jüngsten Zeit, wo trotz sehr starker Übermacht der Gegner die dagegen schwachen Reihen der Deutschen nicht durchbrochen werden konnten, wo untre Leute (wie bei St. Eloi) 30 Stunden lang im Feuer aushielten, der „Sinauswurf“ der deutschen Heere aus Frankreich und Belgien gelingen könnte, wird bei den Ministern der drei feindlichen westlichen Länder wohl, auch als ausgeschlossen gelten. Die jetzt angekündigten großen Truppentransporte aus England nach Frankreich vermögen an dem Stande der Dinge auch keine Änderung herbeizuführen, zudem werden die deutschen Unterseeboote auf ihre Weise dabei wohl noch ein Wörtchen mitreden. Der deutsche Unterseeboot wird überdies zu einer immer stärkeren Beklemmung für England und Frankreich. Sind doch allein in der vergangenen Woche 24 englische Dampfer überfällig, d. h. jedenfalls sämtlich Opfer der Unterseeboote geworden. Das belgische Regierungsorgan hat denn auch soeben einen ganz andern Ton angeschlagen, der so gar nicht zuverlässlich geklungen ist. Dieses Blatt widerspricht jetzt direkt Annektionsabsichten, nachdem vor kurzem der Redeminißer Vandalen im Auftrage der belgischen Regierung noch von der Wegnahme einiger deutscher Orte und der Angliederung von Luxemburg an Belgien öffentlich in London gesprochen hatte. Daß man damit die Luxemburger vor den Kopf gestoßen hat, das Echo der Luxemburgischen Presse deutlich zeigt.

Am dem Tage (1. April), wo in Weisshaus der hundertjährige Geburtstag von Bismarck, den Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ als „den größten Meister der deutschen Staatskunst“ bezeichnet, begangen wird, möge die Hoffnung einen verstärkten Antriebe erhalten, daß es den jetzigen deutschen Staatsmännern im Vereine mit den Heerführern und unsern Truppen gelingen möchte, diesen ungeheuren Krieg doch bald zu einem guten Ende zu führen.

Auf den Kriegsschauplätzen sind Vorgänge von entscheidender Bedeutung nicht zu verzeichnen. Gehämpft wird an allen Fronten, und das Heldentum, das sich dabei in jeder Beziehung zeigt — vor allem die Leistungen, Leiden und Strapazen der Heere in Eis und Schnee im Osten — heischt Bewunderung. Die Tragödie von Przemysl hat das ergreifend geöffnet. Daß den Russen ein neuer Plünderungszug auf Tiflis durchkreuzt werden konnte, war eine große Kunde.

In Amerika soll über die Osterfeierlage eine riesige Anzahl von Protestveranstaltungen der Deutschen und der Iren gegen die Politik des Präsidenten Wilson stattfinden. Das ist gewiß am Platze, denn aus den Vereinigten Staaten ist in den ersten sieben Kriegsmontaten nach offizieller Feststellung für 296631000 Dollar Kriegsmaterial ausgeführt worden, das fast ausschließlich dem Generirte Deutschlands und Österreichs zugute gekommen und welches Faktum einer Verlängerung des Krieges gleichzuachten ist. Aber die 20 Proz. Deutschamerikaner werden nicht durchdringen, an dem Geschäftsinne der Angloamerikaner scheitern leider die Grundläge wahrer Neutralität.

Als einen Sieg der Dacheimgebliebenen bezeichnete der Kaiser in einem Erlasse das „alle Erwartungen übertreffende, in der Finanzgeschichte aller Zeiten beispiellose Ergebnis“ der zweiten Kriegsanzleihe. „In solcher Zeit der erste Diener einer solchen Nation zu sein“, erfüllte ihn mit Freude und Stolz. Mit diesem bemerkenswerten Worte lehnt sich der Kaiser an den berühmten Ausspruch Friedrich des Großen an, der sich den ersten Diener des Staates nannte.

Das Schlusergebnis dieser Kriegsanzleihe stellt sich nach genauer Feststellung auf 9 Milliarden und 60 Millionen Mark und jetzt hat zusammen aus 6610 Millionen Zeichnungen auf Anleihestücke, 1675 Millionen Zeichnungen auf Anleihe mit Schuldtheilnahme und 775 Millionen Zeichnungen auf Reichsschatzanweisungen. Das Endresultat wird sich noch erhöhen durch Zeichnungen der Truppen im

Gelde, für die, soweit sie den Betrag von 10000 Mk. nicht übersteigen, eine Verlängerung der Zeichnungsfrist bis 10. April bewilligt ist.

Kriegsanzleihen der feindlichen Staaten sind zum Teil im Gange (Rußland), teils sollen sie in einiger Zeit (England im Mai) aufgelegt werden. England will 8 Milliarden Mark aufnehmen; es wird sich dann zeigen, ob man dort dem Beispiele schier unbegrenzter Opferwilligkeit des deutschen Volkes zu folgen vermag, die jetzt mit allen Mitteln zu verkleinern versucht wird. Der englische Schatzkanzler hat den Banken schon mitgeteilt, der Krieg stelle ungeheure, von niemand vorausgesehene Anforderungen an die Geldkraft Englands. Die russische Anleihe im Betrage von 500 Millionen ist zu einem direkten Mißerfolge geworden. Es sind bisher nur 40 Millionen gezeichnet und die Zeichnungsfrist zum Teil bis zum 14. April verlängert worden. Die 40 Millionen decken gerade für drei Tage die russischen Kriegskosten!

Keine Herabsetzung der Kriegerfamilienunterstützung wird am 1. Mai eintreten. Von diesem Zeitpunkt an hätte nach dem Befehle vom 4. August v. J. der Mindestsatz für Ehefrauen wieder auf 9 Mk. reduziert werden müssen. Reichstag und Reichsregierung haben jedoch in Hinblick auf die durch den Krieg gesteigerten Kosten der Lebenshaltung beschlossen, in den Sommermonaten den auf 12 Mk. im Monat erhöhten Betrag weiter auszahlen. Die Gemeinden erhalten Anweisung, dementsprechend zu verfahren. Ein erfreulicher Beschluß. Mainz hat jetzt sogar diese Unterstützung wie die der Armeen um 20 Proz. erhöht. Das ist ebenfalls wohlgefallen.

Erhöhung der städtischen Steuern trifft als erste Wirkung der gewaltigen Anstrengungen der Kommunen auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge jetzt in die Erscheinung. Berlin mit einer Anzahl seiner Vorortgemeinden ist darin vorausgegangen, einige Großstädte haben auch schon Steuerzuschläge, zumeist in Höhe von 20 Proz., festgelegt, und so wird es wohl auf der ganzen Linie fortgehen. Damit war ebenso zu rechnen, wie die Gewerkschaften ja auch gezwungen sind, erhöhte Beiträge zu erheben.

Die Ernährungsfrage freibt absonderliche Blüten. Daß untre Truppen draußen besser daran sind mit den ihnen zugewiesenen Brokrationen, will man gern gelten lassen. Aber es ist auch dort zum Teil eine Reform eingetreten, und wo dies unter bestimmten Voraussetzungen der Fall sein konnte, stehen sich die deutschen Soldaten nun nicht schlechter, wohl aber die Einwohner des besetzten Gebiets, die in der Ernährungsfrage mit den „Barbaren“ gern gute Beziehungen unterhalten.

In einem aus offizieller Quelle kommenden Zeitungsartikel wird der Zusammenbruch Englands an die Wand gemalt wegen Mangels an — Sozialismus!! Die Ratlosigkeit der englischen Regierung angesichts der herrschenden und noch zunehmenden Teuerung dürfte daher, weil man sich an eine Verbrauchsregelung mit Rationen wie in Deutschland einestells nicht heranwage, da aus dem allliberalen Fahrwasser der Regierung bestiger Widerstand erwachsen würde, die Organisation eines solchen Systems in so kurzer Zeit in dem „unbureaucratischen England“ überdies völlig ausgeschlossen wäre, der Herausgeber des „Economist“ habe soeben jene derartige „sozialistische Regelung“ abgewehrt und sich auch gegen die Festsetzung von Höchstpreisen gewandt.

Wenn unsere Offiziere von der sozialistischen Regelung des Verbrauchs soviel halten, dann könnte auf diesem Gebiet ein Erledigliches bei uns mehr geschehen, um Deutschlands hartnäckigen wirtschaftlichen Gegner leichter zu überwinden. Die Beschlagnahme der Kartoffeln wäre das umgängliche Gebot. Da will die Regierung aber höchstens so weit gehen, zwei Millionen Tonnen für die großen Städte mit Beschlagnahme zu belegen, also weniger denn einen Zentner auf den Kopf. Daß jedoch an Kartoffeln kein

Mangel ist, hat die Bestandaufnahme der Kartoffelvorräte am 15. März ergeben. In Lankwisch bei Berlin scheinen die Sammler zu Hause zu sein. In 18 Haushaltungen wurden 789 Zentner Kartoffeln geerntet. Zwei weitere hatten 195, eine sogar 200 Zentner auf Lager. Es gibt aber der Kartoffelsammler nicht nur in Berlin-Lankwisch, sondern in Brotgebirge und Mehl ist nicht weniger schlimm geharnister worden. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ teilen recht unerbauliche Dinge aus Bayern mit. In geradezu ungläublichem Maße seien Lebensmittelvorräte in den Dörfern und kleinen Städten verheimlicht, bei Revolutionen wären ganz erhebliche Mehllorräte gegenüber den gemachten Angaben festgestellt worden. Ein Gutsbesitzer habe einige Tausend Zentner Kartoffeln „in Reserve“ gehabt. Von einem Gendarmenwachtmittelver wird die auf Befragen nach den Beständen von Lebensmitteln erteilte Antwort mitgeteilt: „Oh mei, da fehlt's weill! Die Angaben der Ökonomen sind viel zu nieder; wo man hinkommt, da fehlt's bedeutend.“ Diese ländlichen Kreise spekulieren mit bekannter Bauernschlauheit auf weitere Steigerung der Höchstpreise, verheimlichen also aus wucherlicher Spekulation ihre wahren Bestände.

Ein Professor Ballod hat jüngst in der „Sozialen Praxis“ keine glimpfliche Kritik an den Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung gelobt. Er erklärte nachdrücklich:

Das darf nicht, das soll nicht so weiter gehen! Mit dem nahenden Frühjahr schwindet die Gefahr, daß beim Aufmachen der Mehlen die Kartoffeln erfrieren können, denn länger andauernde Fröste sind nicht mehr zu befürchten. Jedenfalls muß nach der Kartoffelaufnahme eine schleunige Beschlagnahme erfolgen in der Art, daß die Kartoffeln, die nicht für Saat und menschliche Ernährung der Selbstverlänger (die landwirtschaftliche Bevölkerung) in Betracht kommen, beschlagnahmt werden, wobei die Besitzer verpflichtet werden können, den beschlagnahmten Teil in zu dem Zweck zu erzielende Sammelmeisen zu bringen. Groß sind ja die Mengen der Kartoffeln, die mit Beschlag belegt werden können, nicht mehr; man wird schon froh sein können, wenn zum 1. April auf den Kopf der rund 46 Millionen zählenden nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung je ein Zentner, gleich je einem halben Kilo für 100 Tage, also bis 10. Juli, entfallen.

Im weiteren tritt er entschieden für vermehrte Abschachtung von Schweinen ein, die übrigens unlängst der preussische Minister des Innern durch einen Erlaß ebenfalls gefordert hat.

Eine erfreuliche Meldung kommt aus Berlin von der Kriegsgesetzgebungsstelle, die sich der besonderen „Zurückweisung“ des Herrn v. Döberitz-Gamisch auf-erhebt, was sie in anderen als den extrem-agraarischen Kreisen, nur, vorge- selbst bekannt machen kann. Vom 1. April an, also vom Zeitpunkt der geregelten Verteilung der Mehlbestände, werden die Preise für Mehl allgemein herabgesetzt werden. Es sind zehn Preisbezirke gebildet. Der niedrigste Preis für Roggenmehl stellt sich nun auf 35 Mk. einschließlich Sach und Fracht, der höchste Preis im zehnten Preisbezirk auf 38 Mk. Die Preise für Weizenmehl bewegen sich zwischen 40,75 Mk. und 43,75 Mk. Der mittlere Preis für Roggenmehl wird 32,50 Mk. sein. Das bedeutet gegen die Mehlpreise im freien Handel einige Ermäßigung. Eine weitere Mitteilung besagt, daß in längstens sechs Wochen eine nochmalige Preiserniedrigung möglich sein kann. Die Beschlagnahme von 60 Millionen Zentnern Kartoffeln in Polen durch die deutschen Militärbehörden ist auch als gute Nachricht zu buchen.

Noch ein sozialdemokratischer Stadtrat wird in Groß-Berlin zu verzeichnen sein. In Schöneberg hat Herrmann Moltenbuhr, bisher zweiter Vorgesetzter der dortigen Stadtvorordneterversammlung, sich zur Annahme des ihm angebotenen Amtes bereit erklärt. Moltenbuhr war in früherer Zeit der designteste Redner bei sozialpolitischen Debatten im Reichstage. Die politische Mitarbeit in städtischen Angelegenheiten hat der Sozialdemokratie schon manche Anerkennung eingetragen. Der Krieg scheint das durch derartige Wahlen wie in der jüngsten Zeit von Sassenbach und Moltenbuhr zu Stadträten noch mehr zum Ausdruck gelangen zu lassen.

Kriegsaussschub für das Papierfach nennt sich eine in Berlin seit Monaten beständige Einrichtung. An der Fabrikation von Eingaben hat seit Kriegsbeginn nirgends Mangel gebrüht, und es ist klar, daß bei solcher Überproduktion nicht immer wirklichen Notwendigkeiten entsprochen wird. Der genannte Kriegsaussschub jedoch sollte sich künftig mit sich selbst in Widerspruch, da wurde in der einen Eingabe ein Ministerium ersucht, daß etwaige Notstandsarbeiten sowie alle nicht dringlichen öffentlichen Arbeiten in Berlin eingestellt, für vermehrten Zugang von Arbeitern — Arbeitswilligen heißt es wörtlich gar — Sorge getragen und keine Arbeitslosenunterstützung mehr an Personen gezahlt werde, die ohne Schwierigkeiten einen auskömmlichen Tagelohn verdienen können.

Der Kriegsaussschub für das Papierfach stellt sich da zum Generalanwalt aller möglichen Interessen auf, deren Vertretung ihm gar nicht obliegt. Das Baujahr z. B. kann

sich zuvörderst Einmischung in seine Verhältnisse verbitten, die keineswegs so liegen, daß öffentliche Arbeiten Einstellung erfahren könnten. In einer zweiten Eingabe des Kriegsaussschubes für das Papierfach wird unter Berufung auf die teilweise große Beschäftigungslosigkeit in dieser Branche der Wiederaufhebung der eingeschränkten Beschäftigungsarbeit widerprochen. Also auf den eigentlichen Wirkungskreis dieses Ausschusses könnte schon das nicht Anwendung finden, was er in seiner ersten Eingabe allgemein fordert! Zahlreiche Arbeiter des Papierfaches haben wegen der hier im großen Umfang bestehenden Arbeitslosigkeit bei der Kriegsindustrie Unteriumt gesucht. Wenn da alle Hebel angefaßt würden, sie wieder ihrem Berufe auszuführen, so wäre nichts dagegen einzuwenden. Mit weitergehenden Bestrebungen kann man sich aber nur selbst widerlegen, was hier unverkennbar geschehen ist.

Ansätze zu Preiserhöhungen im Zeitungs- und im Buchdruckgewerbe sind in Bayern und in Berlin wahrzunehmen. Vier der größten Münchener und zwei Augsburger Blätter haben in einer fast übereinstimmenden Bekanntgabe Erhöhung des Abonnementspreises vom 1. April ab angekündigt. Es werden zumest 20 Pf. im Monat mehr gefordert. Die durch die Kriegsberichterstattung erheblich gestiegenen Redaktionskosten sowie die höheren Ausgaben für Papier, Blei und sonstigen Materialien, auch für Gehälter und Löhne werden einerseits zur Begründung angegeben, andererseits der beträchtliche Rückgang des Inseratengeschäftes, das den billigen Bezugspreis bisher ja erst ermöglichte. Während gegen die Verteuerung des Bieres, ihrer flüssigen Nahrung, die Bayern jetzt Sturm laufen, scheint man sich mit der Preissteigerung der geistigen Nahrung ohne Umstände abzufinden.

Aus dem Bericht über eine Berliner Prinzipalsversammlung in der letzten Februarwoche ist zu ersehen, daß eine Erhöhung der Druckpreise aus dem Mittelsleiderkreis angeregt worden ist, der Vorstand aber ein allgemeines Rundschreiben an die Kundenschaft nicht für zweckdienlich hält. Die Verteuerung der einzelnen Materialien und die Erschwerung der Betriebsverhältnisse sollte jedoch festgestellt, daraus der Anspruch auf höhere Preise hergeleitet und den Auftraggebern dies durch ein Merkblatt zur Kenntnis gebracht werden. Dieses Merkblatt wurde vom Prinzipalsorgan in seiner Nr. 21 wiedergegeben. Es heißt darin, auch der gegenwärtige Geschäftsstand könne noch nicht annähernd normal genannt werden: Die Einschränkung der Betriebsweise auf die Hälfte des früheren Umsatzes bedeute bei verhältnismäßig gleichbleibenden Generalunkosten eine starke Verteuerung. Dann seien die aus dem Umlaufe zu beziehenden Rohmaterialien im Preis aufgeschlagen; für Bedarfsgegenstände, deren Rohmaterialien aber nur aus dem Ausland kommen, wäre jedoch eine ganz wesentliche Preissteigerung eingetreten. Für Farben, Maschinen, Metalle und die meisten Chemikalien gehe die Preiserhöhung bis zu 300 Proz. herauf. Die Nichterwähnung der Papierverteuerung ist wohl darauf zurückzuführen, daß der Druckmaschinenhersteller hierfür eine besondere Berechnung erhält. Neben diesen völlig zureichenden Motivierungen finden sich aber auch solche, die nicht allgemein geltend gemacht werden können. Da wird auch die Fürsorge für die Familienmitglieder der im Felde stehenden Betriebsangehörigen erwähnt; wird gesagt, die meisten Druckereien hätten das nichteingezogene Personal trotz mangelnder Beschäftigung weiter behalten; heißt es, der Erlaß durch weniger geübte Kräfte, soweit solcher überhaupt zu beschaffen war, bedeute ebenfalls eine Verteuerung der Produktion. Diese drei Argumente sind in ihrer Verallgemeinerung weniger schlagend. In Berlin wie anderswo sind der Ausnahmen von den zwei ersten, sehr lobenswerten Befragungen nicht wenige, und die geringere Leistungsfähigkeit der als Erlaß für zum Militär eingezogene Gehilfen eingestellter kann nicht als Regel hingestellt werden. Weshalb sind Erwägungen dieser Art auch bestimmend gewesen, daß nicht direkt von Vereinen wegen der Sache in die Hand genommen worden ist.

Im allgemeinen kann gesagt werden: Die Erhöhung der Gehälter und Löhne hat nur sekundäre Bedeutung. Diese Motivierung kann erst aus den neuesten Verhältnissen abgeleitet werden, unter denen bei Neueinstellungen, für die in größeren Betrieben meistens nur Spezialarbeiter in Betracht kommen, ja wohl etwas höhere Einstellungsgehälter ausgeworfen werden müssen. Von einer allgemeinen Lohn-erhöhung kann indes keine Rede sein. Es ist vielmehr nicht als Ausnahmefall zu verzeichnen, daß bei Ausbruch des Krieges oder im Laufe der Kriegsmomente höhere Löhne Regulierung erlitten, daß, wie bei einem sehr bekannten großen und besondern (nichtbanerischen) Blatte geschehen, an Stelle des Berechnens das gewisse Geld mit einem die Betroffenen über die Mahen schädigenden Durchschnittssatz eingeführt wurde, und daß auch sonst Maßnahmen getroffen worden sind, die eine materielle Schlechterstellung der in Frage kommenden Personale bedeuten. Wenn alles dies wieder befestigt wäre oder befestigt werden könnte, so dürfte damit mehr erreicht sein als mit der Besserstellung in besonderen Fällen. Es soll nicht verkannt werden,

daß verschiedentlich außerordentliche Anstrengungen gemacht worden sind, den Lohnstand aufrechtzuerhalten, aber wir wissen auch, daß die Gehälter nicht selten bis zum Minimum heruntergefallen ist und überdies durch nicht volle Beschäftigung noch vielfach Vohrabschläge stattgefunden haben. Die „Zeitschrift“ begrüßt dieses Vorgehen, empfiehlt Nachfolge und erhofft von der Kundenschaft das nötige Verständnis, damit unserm Gewerbe aus seiner schwierigen Lage geholfen werde.

Der Unterschied zu andern Gewerben ist auch hier wieder ein ganz wesentlicher. Dort ist meistens schon lange und tüchtig auf dem Wege der Diktatur aufgeschlagen worden, hier differenziert man, wird nicht allgemein und nicht direkt gefordert; ein jeder, wie er es verantworten und durchsetzen kann. Daher ist dem Vorhaben in dieser Form auch vom Gehilfenstandpunkt aus Erfolg zu wünschen, unser Gewerbe hat in der Tat große Einbuße erlitten. Wir haben nur deshalb auf einige Erscheinungen unerfreulicher Art verwiesen, damit nicht die Prinzipale sich jetzt vorbringen, die keinen Anspruch auf das in dem Berliner Merkblatte betonte soziale Verständnis erheben können, deren Verhalten den Personale gegenüber vielmehr gar manches Mal nichts weniger als schön zu nennen war.

Die Schwierigkeiten durch Einberufung des ungedienten Landsturmes machen sich allenthalben bemerkbar. Inse Prinzipale sind nicht schlimmer daran als die Unternehmer in den Gewerben und Industrien, wo der qualifizierte Arbeiter unentbehrlich ist. Das wird auch das Buchdruckgewerbe immer zutreffen, wenn auch in einigen Prinzipals- und Setzungsverlegereisen der Glaube an die Überfülligkeit der gelehrten Arbeitskräfte und deren Erhaltungsmöglichkeit auch durch weibliche Personen insolge der gegenwärtigen Kriegsnöte wieder Nährkraft erhalten hat. Der Gritum ist ja des Glaubens bestes Kind, hier würde die Entlastung eine ganz schmerzliche sein! Wenn das „Katholische Sonntagsblatt“ für Erier und Westdeutschland an der Spitze seiner vorletzten Nummer bekanntgab, durch Einberufung auch seines letzten Maschinenführers wäre die Herstellung des Blattes weder zur richtigen Zeit noch in gewohntem Umfang möglich gewesen, so zeugt diese Entschuldigung auch nur von mangelnder Vorsicht. Warum sind bei einem derart umfangreichen Blatte nicht Ersatzmaschinenher vorhanden? Handwerker werden mit glattem Satz übrigens ebenso gut fertig wie früher. Die Entlastung von Reservemachinenführern zur jetzigen Zeit noch beweis, wie ungleich die Verhältnisse in den Druckereien liegen. Die wirklichen „Schwierigkeiten“ eines „gedienten“ Ausdieses namentlich der Spezialarbeiter sollen absofut nicht verkannt werden, aber in keinem andern Gewerbe gibt es eine so eifrig auf eine solche Verteilung bedachte Institution wie unser Tarifamt, und wohl nirgends wieder ist eine Arbeiterchaft verständnisvoller auf alle in einer solch außerordentlichen Zeit eintretenden Notwendigkeiten eingegangen als die Buchdrucker. Die Prinzipalität sollte es begründen, eine so leistungsfähige, disziplinierte Gehilfenorganisation zur Seite zu haben, in der gewiß auch einmal jemand ungebührlich sein kann, welche aber gerade wegen der bei ihr herrschenden Schulung und Einlichkeit sich unbewiesene Einzelfälle nicht einfach an die Rockschöße hängen läßt.

Die sechsmalige Bekanntmachung des Tarifamtes, aus der man von der Einrichtung einer tätigen Stellenliste erfuhr, und das anscheinend Prinzipale mehr als Gehilfen den jetzigen gesteigerten Schwierigkeiten bei der Regelung von Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkte noch nicht in betrieblicher Weise sich anzupassen wissen, kann nur dringender Beachtung empfohlen werden. Das Tarifamt der Chemigrafen und Kupferdrucker Deutschlands hat in der letzten Woche einen Aufruf an die Gewerbeangehörigen erlassen, der in vielem dem unres Tarifamtes vom 22. Februar ähnelt. Besondere Betonung findet darin ebenfalls die Notwendigkeit der Rückkehr zum Berufe.

Wie einschneidend die Einberufungen des ungedienten Landsturmes sind, zeigte kürzlich auch eine Anzeile, durch die für die „Volksstimme“ in Chemnitz Redakteure gesucht werden als Erlaß für die jetzt vor ihrer Einberufung stehenden. Es muß sich eben alles nach Kräften und bestem Willen zu helfen suchen. Nach Schema F wie vordem ist das wirtschaftliche Leben Deutschlands gegenwärtig nicht in Gang zu halten.

Die Druckerei des württembergischen „Staatsanzeigers“ in Stuttgart macht in der Presse noch immer höchst unlesbar von sich reden. Mit empfindendem Gleichmut seht die ans Ruder gehommene neue Geschäftsleitung die Entlassungen „zu alter“ Arbeiter fort. Vor kurzem erst wurde ein 64 Jahre alter Geber aufs Straßenpflaster gestoß, der seit Jahren in dem Betriebe stand. Folgendes Zeugnis wurde ihm ausgestellt:

Wir beglücken den Herrn . . . , daß derselbe seit 14. November 1908 bis heute in unserer Druckerei als Geber beschäftigt war. Herr A. Scheidel am 28. März insolge Überzahligkeit aus, und wir wünschen ihm zu seinem ferneren Fortkommen alles Glück. Stuttgarter Buchdruckergesellschaft vorn. Chr. Fr. Coffas Erben u. Co. C. Weegmann.

Wenn dem 64jährigen Seher in diesem Zeugnisse von der Druckerei des „Staatsanzeigers“ zu seinem ferneren Fortkommen „alles Glück“ gewünscht wird, so ist das gewiß schon gefagt. In Wirklichkeit kommt es jedoch einer Verhöhnung gleich, wenn man bedenkt, daß die „Überjährigkeit“ des alten Kollegen durch Einstellung von vier jüngeren Arbeitskräften künstlich herbeigeführt wurde! Trotzdem von der Stuttgarter Gehilfenleistung durchaus nichts unverfucht blieb, um mit der Druckereileistung zu einer billigen Verständigung zu gelangen, erfolgen dort immer von neuem Maßnahmen, die jedes soziale Gefühl vermissen lassen. Und dabei handelt es sich um eine Druckerei, in der das Umstülpen der wirtschaflichen Staatsregierung hergestellt wird! Im wohlverstandenen Interesse des Volksganges sollte die letztere in dieser ernsten Zeit hier ein Machtwort sprechen und der schneidigen Geschäftsleistung klarmachen, daß auch Direktoren und Faktoren das Unglück verfolgt, einmal alt zu werden.

1242 gefallene Verbandsmitglieder sind leider bis Ende März zu verzeichnen gewesen. Im vergangenen Monate betragen die Kriegssopfer aus unsern Reihen 187 Mann, das sind 67 mehr als im Februar. Mit 1242 Kollegen, die bei der Verteidigung deutschen Bodens und der von Deutschland errungenen wirtschaftlichen Positionen ihr Leben lassen mußten, haben wir jedoch noch nicht den vollen uns bisher getroffenen Verlust zu beklagen. Nach Lage der Dinge sind der nachträglichen Meldungen nicht wenige. Noch in der driftesten Nummer waren Traueranzeigen für im September und August gefallene Mitglieder des Verbandes zu finden. In jedem Fall bitten wir, wo nicht durch besondere Todesanzeigen oder — meistens großer Mitgliedschaften — listenweise das Ableben von im Felde befindlichen Kollegen bekanntgegeben wird, um Mitleidung für unsre wöchentlich erscheinende Zusammenstellung. Keines unsrer gefallenen Mitglieder soll im Verbandsorgan unerwähnt bleiben!

Von zum Seeresdienst eingezogenen Prinzipalen sind im März drei, von Faktoren niemand gefallen. Die Verluste der ersten betragen nunmehr 33, die der Faktoren 10. Ehre allen diesen wackeren Kämpfern, von denen so mancher in seiner Organisation schon ein tapferer Streiter war; tiefgeliebtes Beileid aber den Angehörigen der Gefallenen!

### ■ ■ ■ ■ ■ Korrespondenzen ■ ■ ■ ■ ■

**Berlin.** Am 3. April können unsre Kollegen, die Seher Karl Böwe, geboren am 17. März 1851 zu Bernau i. M., Bernhard Wonschik, geboren am 19. Januar 1851 zu Berlin, und Karl Wienecke, geboren am 10. Januar 1851 zu Berlin, auf einen 50jährigen Berufstätigkeit zurückblicken. Die Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32, begrüßen die Jubilare an ihrem Ehrenfest, am 3. April, vormittags 9 Uhr, in der Druckerei. Von einer weiteren Feier wird des Krieges wegen Abstand genommen.

**Bezirk Ostpreußen.** Die am 14. März am Vorort Emden abgehaltene Jahresbezirksversammlung hatte nur einen mäßigen Besuch aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorstehender Brämann der auf dem Felde der Ehre gefallenen Bezirkskollegen Selko Brümmer aus Leer und Hans Päß aus Strachlau, deren Andenken in üblicher Weise gedenkt wurde. Aus dem Bezirke des Vorstandes ging hervor, daß auch in unserm Bezirke das Vereinsleben unter dem Druck des Weltkrieges sehr zu leiden gehabt, indem nicht nur Entlassungen vorgenommen wurden, sondern auch vielfach Arbeitszeiteinschränkungen stattfanden, die in den meisten Druckereien jedoch nur kurze Zeit gedauert haben. Zum Kriegsdienst einberufen wurden 42 Kollegen, darunter 17 verheiratete, für welche letztere in besonderer Weise gesorgt wurde. Die Familien der verheirateten Kriegsteilnehmer werden von den verschiedenen Ortsvereinen nach besten Kräften unterstützt; auch wurden den im Felde stehenden Kollegen öfters Liebesgaben gesandt. Der Kassenbericht lag gedruckt vor und dem inzwischen zum Militär eingezogenen Kassierer wurde für die musterhafte Führung der Geschäfte Entlassung erteilt. Nunmehr erhielt unser Gauvorsteher Ditzka (Bremen) das Wort zu seinem Vortrage: „Der Krieg und sein Einfluß auf unser Gewerbe“. Redner wies in seinem wohlüberdachten Vortrage darauf hin, daß durch den Krieg die Arbeitslosigkeit speziell in unserm Gewerbe große Ausdehnung angenommen habe. Wenn nun auch in letzter Zeit eine bedeutende Besserung am Arbeitsmarkt eingetreten sei, so könne doch von einem Mangel an Arbeitskräften nicht die Rede sein, da noch viele Kollegen in verkrüppelter Arbeitszeit und in andern Berufen tätig wären. Nun aber sei es höchste Zeit, mit den bisherigen Ausnahmen aufzuhören und den Tarif in vollem Umfange wieder zur Geltung zu bringen. Der Vortragende gedachte welcher der großen Ausgaben, die der Verbandskasse infolge der Arbeitslosigkeit und des Ausbleibens erwachsen. Der Verband habe seinen Verpflichtungen überall nachkommen können, und wohl noch nie sei der Wert der Organisation so sehr hervorgetreten, wie gerade jetzt. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. Unter „Verschiedenem“ verlas der Vorstehende alsdann ein

Rundschreiben des Verbandsvorstandes. — Am 16. März konnte der Kollege Peter Freen aus Gens, seit dem 22. Februar als Landsturmmann eingezogen, auf eine 25jährige Zugehörigkeit zum Verbands zurückblicken. In Anbetracht der jetzigen Verhältnisse hat der Bezirksvorstand beschlossen, der Familie des Kollegen Freen ein entsprechendes Geldgeschenk und ihm selbst ein „Liebesgabenpaket“ zu übermitteln. Hoffentlich führt ein baldiger Frieden uns diesen weit über unsre Grenzen bekannten Kollegen glücklich wieder heim.

### □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Von Buchdruckern im Kriege.** Für vorbildliche Pflichterfüllung im Kriegsdienst erhielten von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation das Eiserne Kreuz: August Wegener (Köln), Richard Gensky, Reinhold Schümichen und Otto Wünsch (Weipzig). Damit haben bis jetzt 498 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erworben.

**Verkürzte Arbeitszeit der Lehrlinge.** Unter dieser Stichmarke wird in Nr. 25 der „Papierzeitung“ noch einmal die in Nr. 31 an dieser Stelle beleuchtete, sehr beachtende Anfrage einer „Großdruckerei“ über die Berücksichtigung eines Abzugs am Koffgeld oder des Verlansens des Nachlernens bei verkürzter Arbeitszeit eines Lehrlings berührt und von einem Leser folgende Gegenfrage gestellt: „Welcher Buchdruckereibesitzer hat den Mut, die in seinem Betriebe durch den Krieg bedingte verkürzte Arbeitszeit von seinen Lehrlingen nachholen zu lassen, besonders dann, wenn der Lehrling wöchentlich schon 48 Stunden gearbeitet hat? Man denke dabei an die Höhe des Koffgeldes gegenüber Hilfsarbeitern.“ Die Art der Fragestellung läßt darauf schließen, daß der Fragesteller selbst ein Buchdruckereibesitzer ist, dem der ausbeutungsfreudigste Standpunkt, der „Großdruckerei“, hinter der er im übrigen gar keine Buchdruckerei, sondern eine Papierwarenfabrik vermutet, sozuzunehmen als eine Beleidigung des sozialen Bewußtseins seiner Kollegen vorkommt. Diese Tendenz ist erfreulich und deutet sich vollständig mit unsrer Auffassung, daß die in der bewußten ersten Anfrage behandelte Forderung und Missverständnisse gegenüber Lehrlingen schärfste Berurteilung finden muß.

**Mordanschlag auf einen Gewerkschaftsbeamten.** Auf den Geschäftsführer der Zahnteile Zena des Metallarbeiterverbandes, Rudolf Matthes, verübte vor einigen Tagen ein Metallarbeiter namens Rütlich ein Revolverattentat. Die Kugel drang dem Matthes nur einige Zentimeter unter dem Herzen von hinten in die linke Brustseite und verließ den Körper auf der Vorderseite. Rütlich richtete darauf die Waffenzugabe sich selbst, weshalb sich die rechte Schläfenleiste und verlor wenige Minuten nach seiner Entlassung in die Universitätsklinik. Rache ist das Motto der Tat. Rütlich war seit dem 26. Mai 1913 bei der Firma Zeiß beschäftigt, wurde nachher aber in drei Abteilungen verlegt, konnte aber in keiner den an ihn gestellten Ansprüchen genügen, weshalb er im November 1914 entlassen wurde, also aus Gründen, die in seiner Person lagen. Trotzdem er nach § 77 des Stillschließensanspruch auf Abgangentschädigung nicht hatte, klagte er vor dem Gewerbegericht, das die Klage abwies. Da er in der Verhandlung behauptet hatte, daß seine Entlassung nur auf Treibereien von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes zurückzuführen sei, trotzdem er selbst dem Verband angehörte, leitete die Organisation gegen ihn das Ausschlußverfahren ein, das bis zur Zeit des Mordanklages noch schwebt.

**Bayerische Gewerkschaftsfragen.** In Nürnberg wurde kürzlich eine Konferenz der Gewerkschaftskomitee im rechtsrheinischen Bayern abgehalten, die sich mit der Frage der Einschränkung der Freizügigkeit der ländlichen Arbeiter und der Bierpreishöhung zu befassen hatte. Die Konferenz nahm zwei Resolutionen an. Die erste Resolution spricht unter Bezugnahme auf eine Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos des I. bayerischen Armeekorps aus, daß die Sicherung der kommenden Ernte unter den schwierigen Verhältnissen des Krieges besondere Maßnahmen erfordere. Dann heißt es in der Resolution wörtlich: „Diese Verordnung, die jetzt sicherlich nur im Interesse der Abwehr unsrer Feinde erfolgt ist, kann, wenn ihre Ergänzung ausbleibt, vielen Zehntausenden Arbeitern und Arbeiterinnen eine schwere Schädigung nicht nur ihrer Bewegungsfreiheit, sondern auch ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, insbesondere ihrer Einkommensbedingungen, bringen. Durch die Verordnung des Kriegsministeriums sind den Arbeitern und Arbeiterinnen alle Garantien und Abwehrmöglichkeiten gegen das Herunterdrücken der Löhne reiflos genommen. Das können gegenwärtig Grundbesitzer zur Ausnutzung der sozialen Ausnahmestellungen benutzen, die ihnen durch die Verordnung des bayerischen Kriegsministeriums eingeräumt wurde. Eine derartige Wirkung des Erlasses kann weder von dem Kriegsministerium auch nur im entferntesten beabsichtigt sein, noch kann sie dem Zweck, den das Kriegsministerium im Auge hat, irgendwie dienen. . . . Durch die Ergänzung der Verordnung in der von uns ins Auge gefassten Richtung wird es ermöglicht werden, das Zurückfallen ländlicher, aber aus der Landwirtschaft stammender Arbeiter zur landwirtschaftlichen Arbeit herbeizuführen.“ Die Resolution bittet dann das bayerische Kriegsministerium um baldige Ergänzung der Verordnung über die landwirtschaftlichen Dienstboten und landwirtschaftlichen Arbeiter und fordert, daß 1. den landwirtschaftlichen Arbeitern zur Erledigung der Erntearbeiten wohl der Wechsel des landwirtschaftlichen Unternehmers, nicht aber der Wechsel des

Berufes gestattet werde; 2. daß Mindestlöhne, die mit Rücksicht auf die erhöhten Kosten der Lebenshaltung notwendig sind, von dem bayerischen Kriegsministerium für die Gebiete der einzelnen Bezirksämter nach Anhörung von Vertretern der Arbeiter festgelegt werden; 3. daß örtliche oder distriktspezifische Eingangsämter für Streitigkeiten, die aus diesen Verhältnissen entstehen, unter Zuziehung von Arbeitern und Unternehmern errichtet werden. Zu der Bierpreishöhung wurde eine Resolution angenommen, in der das Kriegsministerium gebeten wird, die Bierpreise für ganz Bayern entsprechend dem Preise des Bieres im Jahre 1914 als Höchstpreise festzusetzen. Beide Resolutionen gehen an das Kriegsministerium. Ferner wurde in der Konferenz angeregt, wegen der Schwierigkeit der Versorgung der großen Städte mit Milch auch Stellung zu nehmen zu der Milchpretsfrage. Bei der Verschleiertheit der örtlichen Verhältnisse wurde jedoch von einer bestimmten Stellungnahme vorläufig abgesehen. Die Konferenz war von Delegierten aller wichtigen Industrieorte des rechtsrheinischen Bayern besucht. Der Landtagsabgeordnete Gensner wurde beauftragt, über die Einschränkung der Freizügigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter eine Denkschrift auszuarbeiten, die auch zur Begründung der Resolution an das Kriegsministerium gehen soll.

**Einfluß des Krieges auf den Holzarbeiterverband.** Die Holzarbeiter hatten schon, bevor der Krieg ausbrach, die Arbeitslosigkeit in erschreckendem Maße kennen gelernt. Im Monat Dezember 1913 war die Zahl der Arbeitslosen auf etwa 3000 gestiegen, was ungefähr eine Verdoppelung der Zahl gegenüber dem Vorjahre bedeutete. Die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes belief sich für 1913 auf über 2 Millionen Mark. Eine geringe Besserung der Konjunktur im ersten Halbjahre 1914 wurde durch den Krieg im Keim erstickt. Am 15. August waren über 52000 Arbeitslose erblickt 32000 Einberufenen zu verzeichnen. Durch diese abnormen Zustände sah sich der Verbandsvorstand sofort bei Kriegsausbruch gezwungen, die Unterstützungsmaßnahmen des Verbandes den veränderten Verhältnissen anzupassen. Während die Krank-, Sterbe-, Unglücks- und sonstigen Unterstützungen größtenteils ganz außer Kraft gesetzt werden mußten, wurde die Arbeitslosenunterstützung in ihrer Höhe zwar ermäßigt (6 Mk. für Verheiratete und 4 Mk. für Ledige pro Woche), diese Sätze wurden aber auf unbefristete Dauer gewährt. Daneben wurde den Familien der zum Seeresdienst einberufenen Mitglieder in den ersten drei Kriegsmonaten eine geringe Unterstüfung (3 Mk. pro Woche) gesandt. Diese Familienunterstützung hatte dem Verbands bis zum 1. November 1914 eine Ausgabe von 750000 Mk. verursacht. Bis Ende November 1914 hatte sich die Konjunktur soweit gebessert, daß für die Arbeitslosenunterstützung eine andere Regelung geschaffen werden konnte. Danach wurde eine Bezugsdauer für die genannten Sätze eingeführt: „Je nach der Dauer der Mitgliedschaft von 12 bis 18 Wochen.“ Bis Mitte März hatte sich die Arbeitslosigkeit bis auf 7 Proz. verringert, weshalb Vorstand und Ausschub des Verbandes nach vorheriger Verständigung mit allen Ortsvereinen den Beschluß faßten konnten, am 1. April d. J. einen Teil der im Statut vorgegebenen Unterstüfungen wieder in Kraft zu setzen. Zum Seeresdienst einberufen sind bis jetzt schon mehr als 60000 Mitglieder des Verbandes. Über 20000 arbeiten in andern Berufen. Dementsprechend ist auch die Mitgliederzahl des Verbandes zurückgegangen; sie beträgt gegenwärtig noch etwa 106000. Die Zahl der nachweislich Gefallenen hat bereits 2000 überschritten. In Wirklichkeit dürften es deren mindestens 3000 sein, da viele auf den Schlachtfeldern verblutet sind, ohne daß die Nachricht davon an die Verbandsleitung gekommen wäre.

**Opfer des Weltkrieges bis Anfang Februar 1915.** In Nr. 34 der unter deutscher militärischer Leitung erscheinenden „Aller Kriegszeitung“ kommt eine Zusammenstellung der Verluste aller Nationen, die am Weltkrieg direkt beteiligt sind, mit Ausnahme der Türkei, zum Abdruck, und zwar nach einer Aufstellung vom Genfer Roten Kreuz bis Anfang Februar 1915. Die Zahlen sind immer auf volle 500 abgerundet. Es betragen danach die Verluste von:

	In Tausenden				
	Wunde	Krüppel	Tote	Gefangene	Summe
Belgien . . .	62,0	27,0	71,5	49,5	210,0
Deutschland . . .	618,0	330,0	341,0	138,5	1180,0
England . . .	185,5	49,5	116,5	82,5	434,0
Frankreich . . .	788,0	439,0	464,0	494,0	2185,0
Japan . . .	36,0	5,5	11,5	2,5	55,5
Montenegro . . .	38,0	12,5	22,0	18,5	91,5
Österreich . . .	780,0	96,5	481,5	232,0	1570,5
Rußland . . .	1490,0	421,5	743,0	769,5	3424,0
Serbien . . .	126,0	19,5	87,0	46,5	279,0
<b>Zusammen</b>	<b>4104,0</b>	<b>1154,0</b>	<b>2338,0</b>	<b>1833,5</b>	<b>9429,5</b>
Deutschland . . .	1378,0	179,5	822,5	370,5	2750,5
Österreich . . .					
unsern Gegnern	2726,0	974,5	1515,5	1463,0	6679,0

Die vorstehenden Ziffern sind das Ergebnis der Meldungen aller Staaten an die Zentralstelle des Roten Kreuzes in Genf, wie dies nach internationalen Abereinkommen vereinbart wurde. Die Zuverlässigkeit hängt also immer noch davon ab, wie die einzelnen Staaten oder deren hierfür maßgebende Amtsstellen ihre Pflicht nach dieser Richtung strenger oder leichter nehmen. Immerhin ist durch die gegenseitige Kontrolle der Kriegführenden Mächte eine ziemliche Sicherheit für die Richtigkeit dieser Angaben gegeben.

### Briefkasten.

A. B. in N.-A.: Befähigten Eingang, wird gemacht, Aufnahme mußte aber doch noch eine Nummer verschoben werden; über Ostern wird Artikel noch besser gelassen. — A. R. in B.: Dankend erhalten. — A. F. in B.: Gut, lassen Sie das für später. Des „Exp.“ Entgegnung merkt man zu deutlich an, wie da wieder gewaltsam mit falschen Behauptungen operiert wird. Wenn er als Ankläger aufsteht, verläßt er immer als Beurteiler den Maß. — G. S. in A.: Das wird besser einmal mit ähnlichen Sachen zusammen gebracht. Wir vermeiden es nach aller Möglichkeit, durch Beschäftigung mit dem Gutenbergsbund uns den Raum zu verstopfen. — D. W. in B.: Für Hinweis und „Regist.“ frdl. Dank. — E. G. in 3. b. G.: Ihre Verbandsmitgliedschaft wird durch den Beitritt zur Angestelltenversicherung absolut nicht berührt. Das ist nur ein vorgeschobener Grund der betreffenden Firma. — P. B. in Emden: Die mehr als kurzschichtige Beurteilung der von Tarisamt und Verbandsvorstand getroffenen zeit-

gemäßen Maßnahmen, wie sie in Ihrer Verlammlung zutage trat, haben wir im Interesse des Ansehens Ihres Bezirks gefreuen. Wenn das Referat des Kollegen Dießka gar befragt haben sollte, derartige Ansichten zu fördern, dann wäre das recht bedauerlich. — P. F. in Stuttgart: 2,60 Mk. — D. R. in Berlin: 2,90 Mk.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schanzenplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kürfürst, Nr. 1191.

**Bruchsal.** Der Schweizerdegen - Mar Petruscha wird ersucht, seine hier reifizierenden Beiträge bis spätestens 3. April einzuwenden, andernfalls Ausschluß erfolgt. Die Vertrauensmänner werden freundlich ersucht, P. hierauf aufmerksam zu machen.  
**Göttingen.** Der Drucker - Albert Kofermund aus Hannover (Hauptbuchnummer 67.933), welcher von Hann-

Münden ohne Buch und mit zwei Kisten abgereist ist, wird aufgefordert, seine Adresse sofort beim Kassierer Fr. Schwedtfeger, Gartenstraße 46 II, anzugeben, widrigenfalls Ausschluß erfolgt.

**Marienburg.** Der Geher Eugen Frisch aus Marienburg wird ersucht, die reifizierenden Beiträge umgehend an den Kassierer St. Czeluska, Amiebergstraße 14 I, einzulenden sowie seinen sonstigen Verbindlichkeiten nachzukommen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

### Adressenveränderungen.

**Dahle i. B.** (Maschinenmeisterklub). Vorsitzender: Wilhelm Christmann, Feuerwehrstraße 57.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):  
Im Gau Ockerland-Thüringen der Geher Karl Kuge, geb. in Meerane i. S. 1863, ausgel. dal. 1886; war schon Mitglied. — Emil Prox in Weimar, Lassenstraße 44 III.

## Züchtiger Rotationsmaschinenmeister

der sauber zurichten versteht, zum möglichst baldigen Antritt gesucht. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche erbittet. [4]

Buchdruckerei Frankenlein & Wagner, Leipzig.

## Maschinenmeister

militärfrei, zum baldigen Eintritt gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 27 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbitten.

Züchtiger

## Maschinenfeger

für Linotype sofort oder später gesucht.  
Mannheimer Kalandruckerei,  
Verlag der „Volksstimme“, Mannheim A. 3. 14.

## Linotypeseher

(auch Anfänger) findet dauernde Stellung. [8]  
Krausenecks Buchdruckerei, Gumbinnen.

In gutbezahlter Dauerstellung

## Linotypeseher

gesucht. Anmerkungen an [21]  
A. Hieronimus, Buchdruckerei,  
Neumünster (Holstein).

Zwei tüchtige, militärfreie

## Linotypeseher

gute Maschinenkänner, gesucht. Angebote mit Gehaltsforderung erbittet. [893]

Dr. Gustav Robert,  
Verlag der „Oberhessischen Grenzzeitung“  
Beuthen (O.-Schl.).

Wir suchen zum sofortigen Eintritt zwei tüchtige

## Inseraten- und Abzidenfeger

die selbständig arbeiten können, in dauernde Stellung. Offerten mit Angabe des Alters und der Gehaltsansprüche an die  
Buchdruckerei der „Castroper Zeitung“,  
Castrop i. Westf.

## Züchtiger erster Geher

militärfrei, mit Lehrbefähigung, der einem Personal von 10 Köpfen vorstehen kann und den Umbruch der Zeitung auszuführen hat, zum Antritt per 12. April, eventuell auch früher, bei gutem Lohne gesucht. Desgleichen ein

## Rotationsmaschinenmeister

militärfrei, für achtseltige Zwilling zum sofortigen Antritt. „Seltzfelder Wochenblatt“,  
Seltzfeld (Südbayr.).

## Rotationsmaschinenmeister

mit A. & B. 16seitigen Maschinen verkauft, zuverlässiger Arbeiter, sofort gesucht.

Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften, Empfehlungen und Lohnansprüchen unter Nr. 11 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbitten.

Wegen bevorstehender Einberufung wird von Druckerei des Rheinlandes züchtiger, militärfreier

## Schweizerdegen

gesucht, der im Druck und Satz Gutes leistet. Herren, denen etwa 10-15000 Mk. zur Verfügung stehen und sich nach Beendigung des Krieges, eventuell früher, beteiligen wollen, bietet sich günstigste Gelegenheit und werden eventuell bevorzugt.

## Stereotypen

im Flach- und Rundguß erfahren, zum baldigen Eintritt gesucht. Solche, die schon an Hochmaschinen gearbeitet haben, erhalten den Vorzug. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften, Empfehlungen und Lohnansprüchen unter Nr. 12 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbitten.

## Züchtiger Linotypeseher

gänzlich militärfrei

verheiratet, sucht in Leipzig oder nächster Nähe sofort oder Mitte April Stellung, Gest. Angebote unter  
Artur Behmann, Leipzig-A., Riedelstraße 6 III.

## Linotypeseher

14jährige Praxis, mit allen Epsemen vertraut, sucht Kondition. Off. mit Gehaltsangabe unter  
Maschinenfeger an die  
„Reichliche Tribune“, Gera-A. [24]

## Typographische Vereinigung Berlin

Mittwoch, 7. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Berliner Ansbau“, Dönhofsstraße 2:

## Bersammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Paul Belsheim: „Volksmacht und Volkskunst“; 2. Mitteilungen,  
Ausgabe der „Typographischen Mitteilungen“.

Wer kann den Aufenthalt des Geher

## Paul Hoffmann

48 J., geb. in Stieberg i. Schl., mitteilen? Auskunft ertheilt Frau Hoffmann, Stieberg i. Schl., Promenade 10. [25]

## Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Prospekte frei. Kunstgewerbeschule  
Barmen

Ihrem lieben Kollegen [17]

## Gustav Werner

anlässlich seiner 25jährigen Verbandsmitgliedschaft die herzlichsten Glückwünsche,  
Leipzig, den 31. März 1915.

Die Kollegen  
der „Leipziger Neuesten Nachrichten“.

Inserm lieben Kollegen und langjährigen Mitarbeiter [1]

## Karl Krüger

Redaktionskorrektor in Berlin  
anlässlich seiner 25jährigen Verbandsmitgliedschaft die herzlichsten Glückwünsche!  
Leipzig, 1. April 1915.  
Die Korrektoren und Geher der Firma  
W. Bobach & Co.

Auf dem öffentlichen Kriegsschauplatz erlitt den Heldentod unser Kollege,  
der Geher [26]

## Fritz Georgino

aus Leipzig, im Alter von 25 Jahren.

In der kurzen Zeit, die er unter uns weilte, lernten wir ihn als einen wackeren Kollegen schätzen.

Ein ehrendes Gedenken bewahren ihm

Die Kollegen der Reichsdruckerei,  
Berlin.

Als weitere Opfer des Weltkrieges fielen aus unsem Bezirk die Mitglieder [7]  
**Bernhard Nolte**  
aus Hofgeismar, 36 Jahre alt, und  
**Karl Fipp**  
aus Wihenhäusen, 20 Jahre alt, ersterer im Bellen im Lazarett, letzterer vor dem Feind in Rußland.  
Wir werden auch diesen Kollegen ein ehrendes Gedenken bewahren.  
Bezirksverein Kassel.

Am 19. März erlitt an den Folgen einer Verwundung den Heldentod für unser Vaterland im Lazarett zu Bruchsal unser lieber Kollege, der Geher [15]  
**Franz Tissen**  
Erfahrener im Inf.-Reg. 30, 12. Komp. aus Krefeld, im Alter von 25 Jahren. Sein Andenken wird stets in Ehren halten.  
Der Ortsverein Krefeld.

Am 28. März verschied im Krankenhaus St. Georg in Leipzig an den Folgen einer schweren im Bellen erlittenen Verwundung unser lieber Kollege, der Galvano-plastiker [18]  
**Otto Mathig**  
2. Reg. Sächl. Gren.-Reg. Nr. 101, 9. Komp. aus Proßkheid, im Alter von 22 Jahren. Ein dauerndes Andenken bewahren ihm  
Die Kollegen der Firma J. G. Weber („Illustrierte Zeitung“), Leipzig.

In den Folgen eines auf dem öffentlichen Kriegsschauplatz am 10. März erhaltenen Bauchschusses verstarb im Lazarett zu Ruszki am 20. März unser werkes Mitglied, der Korrektor [16]  
**Hermann Sellwig**  
Wir werden dem Verstorbenen, der in freier Pflichterfüllung den Tod im eben begonnenen 44. Lebensjahre fand, ein ehrendes Andenken bewahren.  
Berliner Korrektorenverein.

Am 10. März wurde durch Bauchschuß schwer verwundet und ist am 20. März im Lazarett zu Ruszki verschieden unser braver Kollege, der Korrektor [6]  
**Hermann Sellwig**  
Wehrmann im Reserve-Infanterieregiment Nr. 8  
aus Neukölln, 43 Jahre alt.  
Wir werden ihm ein freues Gedenken bewahren.  
Berlin, Ende März 1915.  
Die Kollegen  
der früheren Braunbeck-Gutenberg-Mk.-Ges.

Neben vielen uns schmerzlich berührenden Verlusten braver Kollegen, die bereits den Heldentod für das Vaterland fanden, erhielten wir jetzt die Gewißheit, daß auch unser aller lieber Freund und Mitberater, der Geher [3]  
**Franz Sorgenfrei**  
zweiter Vorsitzender im Lokalverein Hannover  
geboren am 7. April 1880 in Swinemünde, bereits im November in den Kämpfen in Flandern ein Opfer des Krieges geworden ist. Sein Tod bedeutet einen herben Verlust für den Vorstand und den Lokalverein Hannover sowie für den Verband, dessen Bestrebungen er stets unermüdet gefördert hat.  
Wir werden ihn nie vergessen können!  
Seine Vorstandskollegen im Lokalverein Hannover.